

Stand: 07.05.2026 04:06:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2670

"Biolandwirtschaft bestmöglich fördern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2670 vom 15.07.2014
2. Beschluss des Plenums 17/2748 vom 16.07.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 16.07.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Ossyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Biolandwirtschaft bestmöglich fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die KULAP-Prämie für die Beibehaltung des Ökolandbaus ab 1. Januar 2015 auf 273 Euro pro Hektar anzuheben.

Begründung:

Der ökologische Landbau in Bayern stagniert trotz guter Marktchancen aufgrund unzureichender Randbedingungen. Da mit dem Ökolandbau mehrere Ziele der Landespolitik am besten verwirklicht werden können z.B. der Klimaschutz, der Grundwasserschutz, der Erhalt der Biodiversität, der Bodenschutz, die regionale Wertschöpfung und der Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, ist eine stärkere Förderung erforderlich. Die Erhöhung der Beibehaltungsprämie ist dazu ein wichtiger Baustein. Nur so kann das Ziel erreicht werden, den Ökolandbau in Bayern bis 2020 zu verdoppeln.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2670

Biolandwirtschaft bestmöglich fördern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Gisela Sengl

Abg. Martin Schöffel

Abg. Horst Arnold

Abg. Dr. Leopold Herz

Staatsminister Helmut Brunner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Biolandwirtschaft bestmöglich fördern (Drs. 17/2670)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u. a. und Fraktion (CSU)

BioRegio 2020 konsequent fortführen (Drs. 17/2680)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt wieder einmal ein Dringlichkeitsantrag bezüglich Biolandbau. Die Dringlichkeit ist insofern gegeben, als die letzten Verhandlungen darüber geführt werden, wie die Agrarpolitik in den nächsten sieben Jahren ausschauen wird. Die Regelförderung für Biobetriebe wird angehoben, und zwar deutschlandweit auf 210 Euro pro Hektar. Dieser Satz kann jedem einzelnen Bundesland um bis zu 30 % überschritten werden. Schöpfen wir diesen Rahmen aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

10 % von 210 Euro sind 21 Euro. 21 Euro mal drei sind 63 Euro. 63 Euro plus 210 Euro sind 273 Euro. Heben wir also die bayerische KULAP-Prämie für die Beibehaltung des Ökolandbaus ab 1. Januar 2015 auf 273 Euro pro Hektar an.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das würde pro Jahr 8,4 Millionen Euro Mehrausgaben bedeuten. Aber vergleichen wir diesen Betrag einmal mit anderen Ausgaben: Was geben wir für den G-8-Gipfel in Elmau aus? Alleine die reinen Vorlaufkosten betragen 43 Millionen Euro. Wir GRÜNE

stehen für Inhalte und leiten aus diesen Inhalten konkrete politische Ziele und Forderungen ab. Wir verlieren uns nicht in nebulösen Formulierungen.

Aktuell liegt der Anteil der Ökobetriebe in Bayern bei 7,1 %. Von dem Ziel der BioRegio 2020, das von einer Verdoppelung der Zahl der Ökobetriebe auf 14 % ausgeht, sind wir noch ganz schön weit entfernt. Das Landesprogramm "BioRegio Bayern 2020" wurde übrigens 2012 ausgerufen. Damals sprach man davon, dass man eine Verdoppelung der Zahl der Betriebe erreichen wolle. Bis dahin ist noch ein langer Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Aktuell sind auch folgende Zahlen: Das Marktvolumen der Biolebensmittel hat sich in den Jahren 2000 bis 2013 mehr als verdreifacht. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche hat sich aber nur knapp verdoppelt. Dazu passt, dass Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarn den Ökolandbau eher mager fördert. Wir sind europaweit gesehen zum Beispiel bei der Grünlandförderung nur auf Platz 9, bei der Ackerlandförderung nur auf Platz 14. Damit sind wir weit hinter unseren Marktkonkurrenten Spanien, Österreich und Italien.

Eine Zahl halte ich für sehr interessant, aber auch für erschütternd: Im dritten Jahr in Folge konnten Hersteller und Anbieter von Pestiziden ihre Nettoumsätze auf dem deutschen Markt um 7,5 % steigern. Dabei geht es nicht nur um einen monetären, sondern auch um einen realen Zuwachs. In den letzten zehn Jahren stieg der Inlandsabsatz von Pestiziden um 30 %, und zwar von 34.678 Tonnen auf 45.527 Tonnen. Die landwirtschaftliche Fläche blieb aber gleich. Das heißt, die Landwirtschaft wird immer intensiver, und damit werden auch die Umweltschäden immer größer. Diese Zahlen und Fakten führen nur zu dem einen logischen Schluss: Ökolandbau muss bestmöglich gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Marktchancen für die bayerischen Bauern erhöhen und die Umweltschäden, die wir irgendwann alle zusammen teuer bezahlen müssen, möglichst reduzieren. Wir stimmen heute auch dem CSU-Antrag zu, weil wir GRÜNE immer an der guten Sache orientiert sind. Ich gehe davon aus, dass auch Sie von der CSU unserem Antrag zustimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wenn wir wirklich etwas verändern und die Biolandwirtschaft voranbringen wollen, dann müssen wir konkrete Forderungen stellen und dürfen uns nicht in Formulierungen wie "sollen", "hätten", "können" und "müssten" verlieren. Wir müssen vielmehr konkret werden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag betreffend "Biolandwirtschaft bestmöglich fördern".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Sengl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Schöffel. Bitte schön, Herr Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident! Bayern steht zu seinen Bäuerinnen und Bauern. Wir benutzen keine nebulösen Formulierungen, sondern wir machen ganz konkrete Politik für die Bauern, für die ökologische Landwirtschaft *und* für die konventionelle Landwirtschaft. Ich darf nur daran erinnern, dass es unser bayerischer Landwirtschaftsminister war, der dafür gekämpft hat, dass die ersten Hektare in der ersten Säule besser gefördert werden. Das kommt über 90 % der bayerischen Betriebe zugute. Ich darf auch daran erinnern, dass wir in Bayern aus Landesmitteln in der zweiten Säule für viele Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und der Vermarktung 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben. Ich darf weiterhin feststellen, dass die verantwortungsvolle bäuerliche Landwirtschaft in Bayern alle Anforderungen, die die Gesellschaft an die Landwirtschaft stellt, fast vollständig erfüllt. Letzten Endes entscheiden die Bäuerinnen und Bauern selbst, welchen Weg sie mit ihrem

Betrieb gehen wollen. Wir in Bayern schaffen jedenfalls sehr günstige Rahmenbedingungen für den ökologischen Landbau.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Dennoch nimmt die Zahl der Biobauern ab!)

Dabei setzen wir nicht nur auf gute Förderprogramme, sondern auch auf Maßnahmen der Bildung, der Beratung, der Vermarktungsunterstützung und der Forschung. Unser Maßnahmenkatalog "BioRegio Bayern 2020" ist bundesweit einmalig. Fachpolitiker aus Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung kommen nach Bayern und fragen uns: Wie macht ihr das? Wie setzt ihr die Maßnahmen zur Unterstützung der Ökolandwirtschaft um?

Wir wollen die Ökoprämie für Acker- und Grünland anheben, die bereits im Antragsjahr 2014 erhöhte Umstellungsprämie fortführen, die Prämien für Dauerkulturen und Gemüse erhöhen, die bisherige Förderobergrenze anheben und ein bayerisches Ökosiegel einführen. Wir schaffen verschiedene weitere Erleichterungen und verbesserte Kombinationsmöglichkeiten.

Im Rahmen unserer Initiative "BioRegio Bayern 2020" errichten wir eine neue Fachschule und zwei Akademien für ökologischen Landbau. Informationen zur Ökolandbaupraxis werden auch über das neu geschaffene BioRegio-Betriebsnetz vermittelt. An der Landesanstalt für Landwirtschaft entsteht ein Kompetenzzentrum für ökologischen Landbau. Unser Kompetenzzentrum für Ernährung in Kulmbach – KErn – wird personell verstärkt. Die Maßnahmen zur Förderung der Verarbeitung und Vermarktung von Öko-Produkten werden deutlich intensiviert. Das ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die es so nirgendwo sonst in der Bundesrepublik gibt.

(Beifall bei der CSU)

Wir können aber den Biolandbau nicht verordnen. Entscheidend ist die Marktlage. Beispiel Milch: Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher kaufen durchaus Milchprodukte, die in Bayern hergestellt worden sind. Wenn sie sich aber nicht in größerem Aus-

maß für Milchprodukte aus ökologischer Landwirtschaft entscheiden, dann ist das Ausdruck des Kaufverhaltens der Bürgerinnen und Bürger. Das können wir mit dem KULAP nicht lenken oder ausgleichen. Im Gegenteil, oft werden Fördermaßnahmen schon in die Verhandlungen zwischen Landwirtschaft und abnehmender Hand über die Preisgestaltung eingearbeitet. Dann verblasst sogar mancher Effekt einer höheren Förderung.

Wir schöpfen innerhalb des geltenden GAK-Rahmens die Möglichkeiten für die Förderung des Ökolandbaus voll aus. In Brüssel haben wir die Förderung mit dem aktuellen Höchstsatz von 234 Euro pro Hektar Acker- oder Grünland angemeldet. Ich darf darauf hinweisen, dass wir mit unserem KULAP anderen Ländern schon weit voraus sind. Wir wollen, dass alle Maßnahmen möglichst frühzeitig umgesetzt werden können. Das ist ein Erfolg unseres bayerischen Landwirtschaftsministers, von niemandem sonst.

Unser Vorgehen ist mit den anderen Bundesländern abgestimmt. Aus unserer Sicht gibt es angesichts des geltenden GAK-Rahmens heute keinen Bedarf für weitere Erhöhungen. Ich füge allerdings hinzu, dass wir uns einer weiteren Erhöhung im Rahmen der GAK nicht verschließen werden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wollen Sie das finanzieren?)

- Das alles muss auch finanziert werden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wollen Sie es finanzieren?)

Deswegen müssen wir immer auch unsere Haushaltsberatungen im Blick haben.

Ich will noch eine Zahl nennen: Der durchschnittliche Ökobetrieb in Bayern umfasst eine Fläche von 32 Hektar. Eine Veränderung des Fördervolumens um 39 Euro pro Hektar wirkt sich für einen solchen Betrieb mit 1.250 Euro aus. Das kann und wird nicht ausschlaggebend dafür sein, nach welchen Bewirtschaftungsgrundsätzen eine Bauernfamilie ihren Betrieb bewirtschaftet; das hängt von vielen weiteren Faktoren ab.

Die beste Ausbildung, eine gute Beratung, die Produktions- und Marktrisiken – diese Faktoren haben für einen solchen Betrieb deutlich höheres Gewicht als die angesprochene Änderung der Förderung.

Ich betone: Wir waren auch hinsichtlich der Förderung des Ökolandbaus immer an der Spitze. Wir unterstützen aber alle Bäuerinnen und Bauern, ob sie in einem Ökobetrieb oder in einem konventionellen Betrieb tätig sind. Alle bemühen sich, naturnah zu wirtschaften und das Tierwohl in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb verdienen alle unsere höchste Aufmerksamkeit.

Frau Kollegin, Sie haben den Einsatz von Herbiziden thematisiert. Dazu möchte ich sagen, dass der zielgerichtete Einsatz moderner Technik und neuester Mittel die Verringerung der pro Hektar einzusetzenden Menge ermöglicht. In manchen Gartenbaubetrieben oder in privaten Gärten wird das sicherlich noch anders gehandhabt.

Ich fasse zusammen: Wir unterstützen alle Bäuerinnen und Bauern auf ihrem Weg in die Zukunft. Wir haben stets alle Betriebe im Blick und beachten die obwaltenden Rahmenbedingungen – im Interesse einer flächendeckend verantwortungsvollen bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Schöffel. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Frau Kollegin Sengl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gisela Sengl (GRÜNE): Nur eine kurze Zwischenbemerkung: Es ist fast schon unmöglich – so empfinde ich es jedenfalls –, wenn Sie sagen, 1.200 Euro seien kein Betrag. Von welchem Einkommen, die in bäuerlichen Betrieben erzielt werden, gehen Sie denn aus? Wenn man Ihnen folgte, könnte man sich jede Förderung sparen; denn natürlich kann man das immer relativieren. - Ich habe nur gesagt: Diese Förderung ist ein Baustein unter mehreren Maßnahmen. Wir sollten diese Fördermöglichkeit ausschöp-

fen, wenn wir tatsächlich etwas für die Ökolandwirtschaft tun wollen. Anderenfalls bleiben Ihre Ankündigungen wie so oft Lippenbekenntnisse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Schöffel.

Martin Schöffel (CSU): Frau Kollegin, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir den aktuellen GAK-Rahmen komplett ausschöpfen. 234 Euro sind nach derzeitiger Beschlusslage der Höchstsatz. Wir verschließen uns nicht generell dem Wunsch nach besserer Förderung, aber derzeit halten wir einen solchen Beschluss nicht für notwendig.

Die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern stammen aus vielen Bereichen. Insoweit sind die Produktions- und Marktrisiken ein wesentliches Thema. Daher stützt sich unsere "BioRegio"-Strategie auf viele Säulen. Wir unterstützen die Betriebe nach Kräften, damit sie auf dem Weg, den sie eingeschlagen haben, Erfolg haben. Um diesen zu erzielen, kommt es nicht nur auf die Förderung, sondern auch auf viele weitere Maßnahmen an. Wir werden die Entwicklung weiterhin begleiten.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass sich andere Bundesländer ein Beispiel an Bayern genommen haben. Das wissen auch Sie. Wir haben im Ausschuss oft über das Thema beraten und die Maßnahmen der Staatsregierung übereinstimmend gelobt. Ich stelle fest, dass wir im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt sind.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Schöffel. – Als Nächster hat sich Kollege Arnold zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schöffel, die Erkenntnisse der Kausalitätslehre, der Lehre von den Ursachen, müssen doch auch bei Ihnen einmal Einzug halten. Sie feiern den Landwirtschaftsminister zu Recht

dafür, dass er sich für die Förderung der ersten Hektare eingesetzt hat. Dieser Einsatz ist gut und richtig. Klar ist aber auch: Es entscheidet immer noch die Mehrheit. Die Mehrheit der Agrarminister ist allerdings nicht schwarz oder schwarz-gelb, sondern rot oder rot-grün. Deswegen möchte ich betonen: Gerade die Bundesländer, die Sie gelegentlich angreifen, haben sich mit den Anliegen der bayerischen Landwirtschaft solidarisch gezeigt und sind auf die Forderung nach Förderung der ersten Hektare eingegangen. Ohne Mecklenburg-Vorpommern, ohne Till Backhaus wäre es Ihnen gar nicht möglich, sich auf diesem Tanzboden zu bewegen und sich feiern lassen. Das ist Ausdruck von Solidarität. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zurück zum Antrag: Der Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz hat einen Fördersatz von 210 Euro pro Hektar beschlossen, von dem die Länder um bis zu 30 % abweichen können. Diese Förderung ist auch notwendig und wichtig. Ziel der Staatsregierung ist die Verdoppelung des Biolandbaus. Das haben wir vor zwei Wochen gehört, Herr Brunner; ich sehe immer noch den Vorbehalt, dass dieses Ziel auch bei der CSU 1 : 1 umgesetzt wird. Das muss natürlich finanziell vertreten und unterstützt werden.

Sie erhöhen und sagen, die Förderung sei schon hoch. Das ist aber bei den Möglichkeiten und Ambitionen, die wir und Sie in Bayern haben, nämlich immer die Besten zu sein, aus unserer Sicht nicht genug. Was Sie hier zelebrieren, ist eine Erhöhungssymbolik und ein Zahlenplacebo. Wenn man mit Minister Brunner dieses Ziel in die Tat umsetzen will, dann muss dieser Rahmen auch ausgeschöpft werden, so gut es geht. Das wäre ein klares Zeichen, natürlich auch unter Einbeziehung der Umstände, die am Markt vorherrschen. 273 Euro sind nicht nur ein Symbol, sondern ein Pflock, der eingerammt wird, um klarzumachen, dass es uns mit der Förderung des Biolandbaus ernst ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ehrgeiz ist das eine; ihn auch in Taten umzusetzen, ist das andere. - Das bedeutet auf der anderen Seite – Sie haben es zutreffend erwähnt –, dass das KULAP-Programm, das in der Tat vorbildlich ist, was die nationale Situation anbetrifft, insgesamt erhöht werden muss. Das Prinzip der kommunizierenden Röhren sagt ja, dass das Volumen der Flüssigkeit immer gleich bleibt, egal wohin ich die Schwerpunkte verlagere. Das kann also nicht bedeuten, dass die erhöhte Förderung der Hektare dazu führt, dass nicht mehr im Topf ist und dass möglicherweise ein Abzug oder eine Reduktion von Mittel in anderen Bereichen passiert.

Wir wollen keine Konfrontation "Ökolandbau versus konventionelle Landwirtschaft". Das ist ganz wichtig. Um dieses Ziel umzusetzen, müssen auch die Mittel für das KULAP entsprechend erhöht werden. Das ist für den nächsten Doppelhaushalt ganz entscheidend. Ansonsten wäre es ein Zahlenspiel, ein Taschenspiel – man würde von der einen Seite auf die andere Seite verschieben. Genau das wollen wir nicht. Es wäre verhängnisvoll für diese Gesellschaft und für die weiteren wichtigen Diskussionen, die anstehen, den Ökolandbau gegen die konventionelle Landwirtschaft auszuspielen.

Deswegen bin ich auch mit Ihrer Argumentation, Frau Sengl, nicht einverstanden, wenn Sie den Gebrauch von Herbiziden als Argument dafür anführen, dass in diesem Zusammenhang etwas nicht stimme. Es gibt gewisse Schädlinge, die vollkommen überraschend eingreifen, beispielsweise beim Raps. Das ist ganz neu; und diese Schädlinge müssen jetzt bekämpft werden. Da ist innerhalb eines Jahres der Einsatz von Schutzmitteln oder Bekämpfungsmitteln tatsächlich verdoppelt worden, was aber notwendig ist, um überhaupt etwas ernten zu können. Man kann sich nicht hinstellen und immer nur für Bio plädieren – da wächst dann auch teilweise nichts; das wissen Sie selbst, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Das ist aus unserer Sicht das falsche Argument.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ansonsten ist ganz klar, dass uns die bäuerlichen Strukturen, eine angemessene Entlohnung für gute Arbeit im ländlichen Raum, die Wertschöpfung, die Strukturstabilisierung und Strukturstärkung am Herzen liegen. Bei dieser Ausrichtung der Programmatik und der Zielführung ist es daher untergeordnet, ob die Grundlage dafür auf der Basis von konventionellem oder von Biolandbau erfolgt. Alle Betriebe haben Unterstützung verdient, auch – das muss deutlich gesagt werden – der Biolandbau. Deswegen ist es wichtig, das Gesamtthema im Auge zu behalten.

Auf der einen Seite können wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, weil wir hinter den Beträgen stehen. Zugleich müssen wir Ihren Antrag aber ebenso wie den Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der CSU als Aufforderung und Mahnung begreifen, die Mittel für das KULAP im Doppelhaushalt 2014/2015 insgesamt weiter aufzustocken, um das Ziel der Staatsregierung in diesem Zusammenhang umzusetzen.

Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. Auch dem Antrag der CSU stimmen wir zu, wobei, wie gesagt, die entsprechenden Erwähnungen in der Tat alles umfassen, was Ihnen später möglicherweise um die Ohren gehauen werden kann. Wir sind dankbar, dass Sie ein paar entsprechende Hausnummern nennen. Sie äußern sich dem Grunde nach, aber wichtig und entscheidend ist die Höhe.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. - Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Unruhe – Zuruf von der CSU)

– Ich erfahre gerade, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen wurde. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN hat eine gewisse Berechtigung. Wenn ich beispielhaft zwei Märkte herausgreifen darf: Der Markt für

Bio-Rindfleisch ist in Bayern und in Deutschland zurzeit annähernd ausgeglichen; Angebot und Nachfrage haben ein gewisses Gleichgewicht erreicht. Probleme haben wir gerade am Bio-Schweinefleischmarkt. Neben zunehmenden Importen haben wir einfach das Problem, dass konventionelle Schweinefleischprodukte teilweise für weniger als vier Euro pro Kilogramm angeboten werden. Das ist natürlich eine große Konkurrenz. Die Masse der Verbraucher handelt leider immer noch nach dem Motto: möglichst billig. Nachdem Deutschland schon die niedrigsten Lebensmittelpreise in Europa hat, stehen wir vor dem großen Problem, hier ein Gleichgewicht zu bekommen. Der Lebensmitteleinzelhandel bestimmt nach wie vor Angebot und Nachfrage. Das spielt natürlich in den Biomarkt hinein. Jetzt könnte man sagen: Der Antrag ist soweit okay. Das ist er auch; denn Bayern hat sich zum Ziel gesetzt – wir haben es heute schon ein paar Mal gehört –, die Zahl der Biobetriebe zu erhöhen und bis 2020 zu verdoppeln.

Jetzt kommt das Aber: Die Bayerische Staatsregierung hat über fünf Millionen Euro für "BioRegio" zur Verfügung gestellt. Wir haben inzwischen zwei Akademien in Kringell und Bamberg. Das sind Ansätze. Für 2014 haben wir beschlossen, die Umstellungsprämie von 285 auf 350 Euro zu erhöhen. 2015 wird es bei der Flächenprämie nochmals eine Erhöhung von 200 auf 234 Euro geben. Das sind Ansätze, die nicht zu verachten sind. Da kommen wir FREIEN WÄHLER mehrheitlich zu der Auffassung, dass wir uns bei diesem Antrag enthalten werden.

Das geschieht auch aus dem Grund, dass wir nicht wieder die Problematik der Siebziger- und Achtzigerjahre heraufbeschwören wollen, als es doch sehr große ideologische Gräben zwischen der konventionellen und biologischen Landwirtschaft gab. Insgesamt werden wir uns also enthalten. Wenn Kollegen von der Fraktion FREIE WÄHLER zu einer anderen Auffassung kommen, dann ist das guter Brauch in unserer Fraktion, den wir vor Ort pflegen und auch in diesem Hause pflegen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Der Antrag der CSU hat auf den ersten Blick seine Berechtigung; er ist aber mit sehr heißer Nadel gestrickt – nach dem Motto: Da müssen wir noch schnell einen nachschieben. Mir fehlt in diesem Antrag das klare Konzept. Ich hätte mir gewünscht, dass bei den Maßnahmen nicht nur von "soll" die Rede ist; da müssen schon konkrete Ziele benannt werden. Zugegeben, die Bayerische Staatsregierung hat für den Biobereich einiges getan und auf den Weg gebracht und wird das weiterhin tun. Doch weil die eindeutige Klarheit fehlt werden wir den Antrag der CSU ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Dr. Herz. – Nun hat sich noch Herr Staatsminister Brunner zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Opposition, der GRÜNEN, kommt mir vor, als würde man in ein Metzgereigeschäft gehen. Auch wenn man dort noch so viel einkauft, bekommt man von der Verkäuferin meistens die Frage gestellt: Darf es noch ein bisschen mehr sein?

(Heiterkeit)

Ich freue mich, dass die Opposition dem Antrag der CSU weitgehend zustimmt. Damit kommt zum Ausdruck, dass Sie durchaus anerkennen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, und Sie uns dabei unterstützen wollen. Natürlich kann man immer noch eins draufsetzen. Aber wenn Sie den bunten Strauß dessen, was wir für die Förderung der Biolandwirtschaft tun, genauer betrachten, dann müssen Sie wirklich anerkennen, dass wir deutschlandweit spitze sind.

Der Kollege Schöffel und jetzt auch Dr. Herz haben darauf hingewiesen, was alles gemacht wird: von der Bildung über die Forschung, die Absatzförderung, die Beratung bis hin zu neuen Ausbildungsstätten. Ich möchte sogar, dass die Ökolandwirtschaft in der Ausbildung in den 27 Fachschulen noch stärker verankert wird.

Wir haben auf Anregung der Ökoverbände die Höchstgrenze von 40.000 Euro pro Betrieb und Jahr auf 60.000 Euro erhöht, also um 50 % gesteigert. Bei der Hektarförderung befinden wir uns momentan an der Obergrenze. Wir zahlen 234 Euro, und nur Baden-Württemberg kann hier noch mithalten. Sie sind jetzt schon einen Schritt voraus und sagen: Vermutlich wird im Herbst der Bund den GAK-Rahmen auf 273 Euro erhöhen.

Wenn ich jetzt - unmittelbar vor den Haushaltsverhandlungen des Kabinetts, ein paar Monate im Vorgriff auf die Entscheidung in Berlin - einen ungedeckten Scheck ausstellen würde, wäre das nicht redlich, es sei denn, Sie sagen mir gleichzeitig, wo ich das KULAP-Programm kürzen soll, um diese zusätzlichen 8 Millionen Euro bereitzustellen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eben nicht!)

Das ist nicht meine Vorstellung von redlicher Politik. Wir bieten das an, was wir sicher finanzieren können, und machen uns dann Gedanken, wenn wir den finanziellen Spielraum dazu haben - vielleicht nach den Haushaltsverhandlungen -, ob wir hier oder dort noch nachbessern können, wenn der gesetzliche Rahmen dies überhaupt zulässt.

Eine solche Diskussion wäre momentan etwas verfrüht; man stochert einfach im Nebel herum. Die konkreten Voraussetzungen liegen überhaupt noch nicht vor. Im Übrigen müssen Sie anerkennen, dass hier viele Mosaiksteine zusammenpassen müssen, um zum Erfolg zu kommen.

Ich stehe zu dem ehrgeizigen Ziel, dass wir bis zum Jahr 2020 die Produktion des Ökolandbaus in Bayern verdoppeln können. Der Absatz steigt ja offensichtlich, und mir ist es ein Dorn im Auge, dass ständig Bio-Ware aus dem Ausland – selbst aus China oder aus anderen Erdteilen – zu uns nach Bayern kommt und somit eine Konkurrenz für die bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern darstellt.

Gehen Sie diesen Weg mit, dieser Importschiene auf den Grund zu gehen, die Rezer-tifizierung unter die Lupe zu nehmen und die Chancengerechtigkeit sowie die Wettbe-werbsfähigkeit der bayerischen Betriebe zu stärken. "BioRegio" ist das Motto, und nicht einfach Bio von irgendwoher. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich gehört auch das Geld dazu; aber das Geld alleine ist es nicht. Um-gerechnet wären das 0,65 Cent pro Kilogramm Milch bei einer durchschnittlichen Milchleistung von 6.000 Litern pro Kuh und Jahr. Ich will das gar nicht kleinreden. Jeder Euro ist hilfreich; aber viel entscheidender ist der Produktpreis. Uns muss es ge-lingen, einen ausgeprägten Abstand von "Konventionell" zu "Bio" zu erwirken, damit der Mehraufwand bei der Bioproduktion ausgeglichen wird. Das ist für uns in Bayern nachhaltig, und unsere Landwirte wollen auch, dass sie über den Produktpreis ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Dazu brauchen wir den Verbraucher.

Das ist meiner Meinung nach sogar ein Bildungsprozess. Wir müssen informieren, wir brauchen den Dialog. Wir müssen gemeinsam mithelfen, damit die Wertschätzung von Bioprodukten zunimmt und die Wertschöpfung in die richtige Dimension geführt wer-den kann. Deshalb herzlichen Dank für die Unterstützung des CSU-Antrags!

Gleichzeitig bitte ich um Verständnis, wenn wir Ihren Antrag nicht unterstützen kön-nen. Er ist momentan nicht relevant, und es wäre unredlich, einen Scheck in die Zu-kunft auszustellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir haben eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Es ist mir unverständlich, warum man unserem Antrag nicht zustimmen kann; denn er ist ein starkes Zeichen in die richtige Richtung. Was ich au-

ßerdem noch klarstellen möchte: Ökolandbau ist keine Ideologie, sondern eine Wirtschaftsweise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Biobauern schaffen es tatsächlich, ohne Pflanzenschutzmittel, ohne Herbizide, Pestizide usw. Produkte herzustellen, die man auch noch essen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Kein Widerspruch, Frau Sengl. Deswegen haben sie auch einen höheren Aufwand, und deswegen brauchen sie einen höheren Preis für ihre Produkte.

Aber noch einmal: Der momentane Höchstsatz für die Hektarprämie liegt bei 234 Euro. Exakt diesen Satz bieten wir an. Wenn im Herbst der Bund diesen Rahmen möglicherweise erhöht, dann diskutieren wir zu gegebener Zeit über die neue Situation.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2670 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD.

(Zurufe: Das ist unterschiedlich bei den FREIEN WÄHLERN!)

Also Teile der FREIEN WÄHLER. Dafür sind es keine Teile der CSU, wenn ich das richtig sehe. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Der größere Teil der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2680 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die FREIEN WÄHLER, diesmal komplett. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.